

„Hier droht der Durchmarsch“

Im Interview: Wirtschaftswissenschaftler Wolfram Elsner über Fehler und Versäumnisse in der Bremer Sanierungspolitik sowie die zweifelhafte Rolle der Handelskammer

Ein Gespräch mit
Alexander Schnackenburg

Herr Professor Elsner, in Ihrem Aufsatz „Industriepolitik und neoliberales Sanierungs-Regime im Stadtstaat“ schreiben Sie, dass die Bremer Investitionspolitik in den ersten Jahren nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1992 richtig gewesen, bald aber aus dem Ruder gelaufen sei. Was ist passiert?

Bis in die neunziger Jahre war die Bremer Wirtschaftspolitik industrie- und strukturpolitisch ausgerichtet. Es wurde eine proaktive, sektoral ausgerichtete Wirtschaftsentwicklungsstrategie betrieben. Keine passive und nur allgemein „marktorientierte“ Politik, sondern eine Politik, die absehbaren Ereignissen vorausgreift. Das war bis dahin Konsens über etwa zwei Jahrzehnte gewesen. Dieser Konsens ist 1994, symbolisch für mich, aufgekündigt worden mit dem Konkurs des Bremer Vulkan.

Ich meine damit nicht, dass der Vulkan in seiner bestehenden Form zu retten gewesen wäre. Aber die maritimen Potentiale, die vorausschauenden Ideen, Projekte und Qualifikationen hätten in einer konzertierten Aktion von Land, Bund und EU als zukunftsorientierter maritimer Komplex (mit bleibender Entscheidungsneutralität in Bremen) gerettet werden können. Dazu gab es sogar Initiativen aus früheren Arbeiten zum „grünen Schiff“, zur schnellen Umschlagstechnologie für Container im Rahmen der schnellen küstennahen Seeschifffahrt in Europa mit Shuttle-Verkehren und anderen Ideen, die bis in das Top-Management des Vulkan bekannt und projektiert worden waren und die etwa bei der Schichau-Seebeck-Werft in Bremerhaven hätten realisiert werden können. Der Vulkan-Konkurs war für einige Leute willkommener Anlass, die ganze „alte“ bremische Industriekultur, das noch in der „Bremer Erklärung“ 1992 beschworene „Bündnis aus Kaufmannschaft und Arbeiterschaft“ mit einem Schlag loszuwerden.

Welche Möglichkeiten hätte Bremen gehabt, um noch irgend etwas zu retten?

Man hätte in konzertierter Aktion auf oberer Ebene – mit Bürgermeister, Wirtschaftssenator, Kammern, Gewerkschaften und der maritimen Industrie – zum Bund und zur EU fahren müssen. Damals hatte die bremische Strukturpolitik ja in Brüssel noch einen sehr guten, teilweise sogar vorbildlichen Ruf unter den EU-Regionen.

Da die „Hennemann-Veruntreuungs Geschichte“ nicht offensiv angegangen wurde, mit einem klar geäußerten Willen zu strukturpolitischer Kontinuität und Neuanfang, überließ man den Neoliberalen das ideologische Feld mit dem Mythos vom sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Filz, der angeblich den Vulkan kaputtgemacht hat (und überhaupt Bremen kaputtmacht).

Danach war bei der EU nichts mehr zu machen – da sind Bremer Vertreter dort nur noch in Nebenzimmern von nachrangigen Mitarbeitern empfangen worden, praktisch in der Besenkammer. Alle haben sie mit dem Finger auf Bremen gezeigt: „Bei denen ist das große Geld veruntreut worden.“ Hennemann hatte ja angeblich im „Cash-Flow-Management“ Geld im Vulkan versenkt, das als Strukturhilfe für seine ostdeutschen Werften bestimmt war.

Vielmehr haben die führenden deutschen Banken damals einen durchaus normalen Liquiditätsengpass des Vulkan genutzt, um eine Konzentration und Reorganisation des deutschen Schiffbaus zu Lasten des Vulkan und damit zu Lasten Bremens durchzusetzen. Eine wesentliche Perspektive war dabei schon damals die mittelfristige Wiederbelebung des deutschen Militärschiffbaus für weltweite Einsätze und Exporte. Wären wir mit vereinten bremischen Kräften an Bund und EU herangetreten und hätten ein Konzept für einen zukunftsorientierten maritimen Komplex vorgelegt, der weniger auf konventio-



Wolfram Elsner findet erstens, dass Bremens Große Koalition der Stadt schadet, zweitens, dass Bremens Sanierungspolitik gescheitert ist und drittens, dass die Chefideologen der Handelskammer gefährlich sind.

nellen Schiffbau setzt, so hätten sich sicher ein paar tausend Arbeitsplätze retten lassen.

Das klingt, als hätte das Wirtschaftsressort damals ein bisschen ungeschickt agiert.

Ich denke da weniger an Ungeschicklichkeit als an den politischen Willen, in Bremen endlich neoliberal nachzuziehen. In bestimmten Kreisen wurde ausgesprochen, dass dies eine Gelegenheit ist, um diese ganze sozialdemokratische, gewerkschaftliche und struktursteuernde Tradition und Kultur los zu werden und sich endlich an „die Märkte“ anzupassen. Die Abwicklung des Vulkan wurde zum Symbol für das Ende einer politischen Epoche, das Ende auch der traditionellen, arbeitnehmerorientierten und proaktiv steuernden Sozialdemokratie in Bremen.

Immerhin ist diese proaktive, arbeitnehmerorientierte Sozialdemokratie Bremens ja auch kläglich gescheitert.

Dass Bremen seit Mitte der siebziger Jahre zunehmend in die fiskalische „extreme Haushaltsnotlage“ geschliddert ist, und in der jetzigen Konstellation fiskalisch nicht mehr überlebensfähig ist, liegt nicht daran, dass Bremen eine falsche struktur- und gesellschaftspolitische Strategie betrieben hätte oder die „freien Marktkräfte“ in Bremen stranguliert worden wären. Bremens Problem ist, durch konkrete Berechnungen nachweisbar, dass ein Drittel der ehemaligen Stadtpotenziale inzwischen außerhalb der Stadtgrenzen stattfindet. Wenn Bremen hier mit einer umfassenden Strategie ansetzen würde, sich auf den Art. 29 des Grundgesetzes beriefe und eine rationale Anpassung der Stadtstaaten-Grenzen forderte, dann hätten wir als Bundesland eine langfristige und gute fiskalische Perspektive. Nicht aber unter den jetzigen Voraussetzungen von Ländergrenzen, Steuerverteilung und -zerlegung sowie Länderfinanzausgleich. Und erst recht nicht mit einer neoliberalen Angebotsstrategie des Subventionierungswettlaufs zugunsten der Unternehmer und großen Vermögen, bei gleichzeitiger einnahmeseitiger Ruinierung des Staates sowie seiner galoppierenden sozial- und dienstleistungspolitischen Verwahrlosung. Damit verschärft man die Probleme, wie wir ja heute, nach zwölf Jahren Großer Koalition, sehen. Wir sind mit dieser Form der „Sanierung“ mit Pauken und Trompeten vor die Betonwand gefahren.

Haben Sie ein Beispiel für verfehlte Bremische Subventions- und Investitionspolitik parat?

Den Technologiepark, um mal direkt eines der ganz großen Tabuprojekte zu nennen. Nehmen wir am besten gleich dieses Gebäude, in dem wir gerade sitzen (Hochschulring 4, die Redaktion): Hier ist ja nichts teuer und zeremoniell genug. Als wir hier vor einigen Jahren einzogen, bin ich das Gebäude mal mit einem Architekten durchgegangen. Ergebnis war, dass man für rund 40 Prozent des Bauwerts ein einfaches funktionales Bürogebäude hätte bauen können. Der private Investor hat hier ein Gebäude nach dem anderen hochgezogen. Luxus-Häuser mit Designer-Heizungen in den Fluren, Marmorböden, Edelstahlsäulen und Toilettenarmaturen wie im Luxushotel. Und die Uni garantiert ihm für zehn, beziehungsweise zwanzig Jahre die Miete. Der Investor trägt praktisch kein Risiko. Und bekommt die Luxusinvestition mit Zinsszinsen vom bankrotten Land Bremen, das dem Sozialhilfeempfänger gleichzeitig den Wintermantel streicht, bezahlt. Das nenne ich Umverteilung von unten nach oben. Aber die neoliberalen Mythen wurden bedient: Wir haben privatisiert, wir haben billig Land an einen „Developer“ verkauft, und die Wirtschaftsförderung hat eine positive Flächenbilanz anzupreisen.

Und dieses Beispiel ist für die ganze Bremer Investitionspolitik repräsentativ?

In vieler Hinsicht ja. Wenn „der Markt“ überhaupt funktioniert, dann sicher nicht, weil man den Unternehmern den roten Teppich ausrollt. Das aber sind die neoliberalen Mythen: macht die beste Infrastruktur, schafft die besten und größten Gewerbegebiete, subventioniert alles, was subventionierbar ist, schafft die Netzwerke und Seilschaften, das gesellschaftliche Ambiente und die richtige veröffentlichte Meinung – kurz: Kuschelatmosphäre für Unternehmer und deren perfekte staatliche Begleitung von der Gründung bis in den Tod. Dass derlei aber tatsächlich dazu führt, dass Unternehmen über Mehrinvestitionen mehr Steuern in die öffentliche Kasse spülen als ursprünglich für sie ausgegeben wurde, ist eine absurde Unterstellung, die anscheinend die realen ökonomischen Wirkungsketten nicht kennt. Da wird in passend gemachten Rechnungen der öffentlich investierte Euro kurzerhand mit einem Multiplikator von 2 oder auch mehr versehen, um glaubhaft zu machen, dass am Ende mehr beim Fiskus ankomme als zuvor ausgegeben wurde. Immer wieder haben entsprechende Rechnungen Bremer Ausgabenorgane über ein Jahrzehnt

hinweg gerechtfertigt. Und manche Leute haben sich abends auf die Schenkel geklopft darüber, wie gern sich Parlamentarier etwas vorrechnen lassen, das sie gar nicht verstehen und oft auch nicht verstehen wollen.

Schwer vorstellbar, dass da niemals jemand nachgehakt haben soll, geschweige denn das Spiel durchschaut hat.

Die meisten waren zumindest mental blockiert, weil sie keine Alternativen kannten. Oppositionsvertreter sind in den Ausschüssen als Sanierungsblockierer niedergemacht worden, wenn sie anhaltend kritische Fragen gestellt

Biografisches

Des toten Hündchens Feind

„Für mich haben drei Große Koalitionen in Folge nichts mit einem progressives Netzwerk gemein, eher mit einem Politkonzern.“ Wolfram Elsner, Jahrgang 1950, muss es wissen, hat er doch selbst an der Wirtschaftsstrukturpolitik Bremens mitgestrickt. Von 1989 bis 1995 leitete er die Abteilung Planung des Senators für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Bremen sowie den Bremer Ausschuss für Wirtschaftsforschung (BAW).

Darüber hinaus war er von 1992 bis 2001 Konversionsbeauftragter des Wirtschaftssenators. Durch die Evaluierung der ersten Fünfjahres-Periode der Sanierungsstrategie des Landes (1995-1999) ist Wolfram Elsner jedoch nach eigenem Bekunden 1999 endgültig „vom Saulus zum Paulus“ geworden. Seit 1995 lehrt er in Köln studierte und in Bielefeld habilitierte Volkswirt an der Universität Bremen.

Als Wissenschaftler viel im Ausland unterwegs und auf globale Zusammenhänge spezialisiert, hat sich Elsner in der Bremer Öffentlichkeit einen Namen als scharfer Kritiker der örtlichen Sanierungsstrategie gemacht. Insbesondere der Bremer „Neoliberalismus“ hat es ihm angetan. Denn der „Neoliberalismus“ sei weder neu, noch liberal, wie das Wort suggeriere. Vielmehr handele es sich um ein „totes Hündchen aus dem 18. Jahrhundert“.



Fotos: Schnackenburg

haben. Da wurde vor versammelter Mannschaft auch schon mal jemand angebrüllt. Es gab ein ideologisches Klima, wonach keiner das neoliberale Grundkonzept zu hinterfragen hatte. Historische Highlights des bremischen Parlamentarismus waren selten: Carsten Sielings Anfragen zur Vermögensverteilung in Bremen, die das Finanzressort für Monate in die Bredouille gebracht haben, sind unvergessen – und die Zahlen, die damit zutage kamen, auch. Historisch war auch die Aktion von Sieling und wenigen anderen, die Akteneinsicht für drei Parlamentarier im Zusammenhang mit den Verträgen über das Musicaltheater durchzusetzen. Ein Abgrund an Unprofessionalität der im öffentlichen Auftrag handelnden wirtschaftsfördernden Gesellschaften und an einseitiger Lasten- und Risikoverteilung zulasten des Steuerzahlers tat sich damals auf. Leider Einzelfälle, aus denen man die Hintergründe der Ausgabenorgie, der Verpuffung von 8,6 Milliarden Euro an „Sanierungs-Bundesergänzungszuweisungen“, weiteren Milliarden Schuldenerhöhungen und des Niedergangs an öffentlicher Planungs- und parlamentarischer Kontrollkultur nur erahnen kann.

Wie konnte es dazu kommen? Es hieß doch immer, dass der sozialdemokratische Filz in Bremen so beispiellos stark ausgeprägt sei. Offensichtlich hat er aber ja schon zu Beginn der neunziger nur noch schlecht geklebt.

In Wahrheit bestand dieser „Filz“ schlicht in dem historischen Kompromiss zwischen Kaufleuten und Arbeitnehmern, den die Sozialdemokratie aufrechtzuerhalten versuchte. Unter der berühmten Bremer Erklärung von 1992 standen sie ja noch mal alle: Handelskammer, Gewerkschaften, Handwerkskammer und so weiter. Aber schon am nächsten Tag begann die Politik gegen die Interessen und Positionen der einen Seite des Bündnisses, die keine politische Interessenvertretung und keine veröffentlichte Meinung mehr in ihrem Rücken hatte. Von da an wurden den Arbeitnehmern und sozial Schwachen die Hemden ausgezogen. Von da an wurden Einkommen, Vermögen und Machtpositionen umverteilt, von unten nach oben. Und da ist auch Filz entstanden, Filz aus den Bündnissen um die große Geldverteilung. So einfach wie die letzten zwölf Jahre in Bremen konnten manche noch nie Geld verdienen, wenn man nahe genug an Politik- und Ressortspitzen dran war. Man muss sich das klar machen: Dieses Investitions Sonderprogramm als eine Säule der „Sanierung“ war – relativ zur Größe Bremens – das größte und längste

Ausgabenprogramm, das es in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Gegen die neuen Filzstrukturen, über die der warme Geldregen zwölf Jahre lang niederging, haben Weser-Kurier und die einschlägigen Anzeigenblättchen plötzlich nichts mehr einzuwenden gehabt.

Wann ist dieses Investitionsprogramm verabschiedet worden?

Die Sanierung und das Investitions Sonderprogramm starteten 1994 nach der ersten Anzahlungsrate vom Bund. Verteilt auf zweimal fünf Jahre hat der Bund Bremen bis einschließlich 2004 etwa 8,6 Mrd. Euro überwiesen.

Und inwiefern hat wer dieses Geld ungerecht verteilt? Oder, anders gefragt: Wie konnte es dazu kommen, dass das alte Bündnis aus Kaufleuten und Arbeitnehmern zerschlagen wurde?

Der historische „Waffenstillstand“ funktionierte jahrzehntlang unter der Bedingung sozialdemokratischer parlamentarischer Mehrheiten in Bremen. Da waren aufgrund der sozialdemokratischen Tradition einerseits die Verbindungen zu den Gewerkschaften, und andererseits war klar: Alles Wesentliche regelt man „schräg über den Marktplatz“ (mit dem „Schütting“, dem Sitz der Handelskammer, die Redaktion). Nachdem die Machtverhältnisse im Bund in den achtziger Jahren ausreichend verändert worden waren, begann der Schütting sich zur „Gegenregierung“ zu mausern. Präses Hattig ritt die tägliche Attacke aufs sozialdemokratische Rathaus mit massiver Unterstützung des ehemaligen sozialdemokratischen „Presseprojekts“ Weser-Kurier. Das hat sich noch verschärft, als die „Ampel-Koalition“ kam. Nicht nur dass die Grünen auf einmal an der Regierung beteiligt wurden – auch gefiel es einigen Herren in der Handelskammer nicht, dass sich die FDP an einer derartigen Regierung beteiligte. Wenn man damals die Zeitung aufschlug, hatte man das Gefühl: Regiert wird nicht mehr im Rathaus, regiert wird in der Handelskammer.

Woher hatte die Handelskammer damals schon solch eine Macht?

Die Handelskammer hat die werbeabhängigen lokalen Printmedien im Griff. Die Mitglieder der Handelskammer finanzieren ja diese Zeitungen über ihre Anzeigen. Die Bremer Handelskammer ist – auch im überregionalen Vergleich – ein besonderes Phänomen, eine unhinterfragte

Autorität, tabuisiert. Natürlich „fetzen“ sich Unternehmer intern ebenso wie Gewerkschafter. Aber suchen Sie mal irgendwo in Bremen auch nur nach der kleinsten Information über den Ablauf einer Vollversammlung der Handelskammer. Sie werden nichts finden. Dabei gibt es da natürlich genauso Konkurrenz und Gerangel wie woanders auch. Aber aus diesen Mitgliederversammlungen verläutet kein Sterbenswörtchen. Bremens graue Eminenzen im machtpolitischen Spiel sitzen im Zweifel immer im Schütting. Und jetzt betrachten Sie einmal die andere Seite, die Arbeitnehmerkammer: Da ist hier ein „Skandal“, muss dort eine Weiterbildungsgesellschaft eingestampft werden – und wir erfahren jedes Detail, ob richtig oder falsch. Die Arbeitnehmerkammer ist nicht in der Lage, sich zu tabuisieren.

Ihre Parteinahme für die Arbeitnehmerkammer und gegen die Handelskammer in Ehren – besonders unternehmerfreundlich klingt das nicht.

Ich war insgesamt zehn Jahre in der Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsstrukturplanung, habe vier Jahre die Wirtschaftsförderung einer Großstadt geleitet. Ich habe täglich mit Unternehmern zu tun gehabt und weiß um ihre Probleme, Fähigkeiten und Defizite. Man sollte sich davor hüten zu glauben, dass die Kammern die Interessen der Unternehmer per se vertreten. Der normale Unternehmer hat weder Zeit noch Lust, sich in den Gremien der Kammern zu tummeln und „große Politik“ zu machen. Auch für politische Ideologien interessiert er sich meistens nicht. Mit Unternehmern konnte ich unter vier Augen immer pragmatisch reden und Probleme lösen. Da war Achtung und die notwendige Bescheidenheit. Der normale Unternehmer fängt jedoch an zu schweigen, wenn es in die „Elefantenrunden“ kommt, wenn die Verbands-, Kammer- und Parteivertreter auftauchen und die „Chefideologen“ das Wort führen. Da hört der Bereich der Problemlösung auf.

Doch um den Kreis zur Investitionspolitik der Großen Koalitionen in Bremen zu schließen: Wenn Böhrnsen in seinem „Antrittspapier“ vom Januar sagt „Schluss mit dem überzogenen Ausgabenprogramm, wir dürfen nicht länger auf Kosten künftiger Generationen leben“ – wer drischt dann auf ihn ein? Die, die von den letzten zwölf Jahren profitiert haben, und die statt einer rauen Wirklichkeit des „Marktes“ den „Kuschelfaktor“ für sich selbst und ihr Klientel in Bremen hergestellt haben.

Aber das Land Bremen hat doch in die Zukunft investiert.

Was in Bremen alles unter „Investitionen“ gelaufen ist, ist zum Teil abenteuerlich. So war ja per definitionem alles, was über das Wirtschaftsressort lief, investiv. Wenn aber in Human- oder Sozialkapital investiert werden sollte, dann galt das als „konsumtiv“. Die dümmste Ausgabe für Beton war investiv, also „gut“, die klügste Investition in Human- oder Sozialkapital war „konsumtiv“, also „unproduktiv“ und einzusparen.

Inzwischen ist Bremen so arm, dass es auf absehbare Zeit keinen verfassungskonformen Haushalt mehr wird verabschieden können. Sehen Sie einen Ausweg?

So lange die Stadtstaatengrenzen dieselben bleiben, solange Bremen hier keine Strategie mit den Großstädten und als deren Interessenvertreter entfaltet, solange die Steuererlegung und -aufteilung mit dem Wohnortprinzip bleibt, sehe ich keine nachhaltigen Lösungen für Bremen. Hier droht der endgültige neoliberale Durchmarsch, wahrscheinlich sogar mit dem Segen des Bundesverfassungsgerichts, weil keinem mehr etwas Vernünftiges einfällt außer einer völlig deregulierten „Freien Wirtschaftszone“, in der die Wolfsgesetze herrschen. Dann wird alles Öffentliche reduziert auf Polizei, Justiz und Finanzverwaltung, und wir werden der neoliberale Leuchtturm der EU, wie Roland Berger und die Staatsräte schon vor Jahren ausgearbeitet haben. Dann müssen sich die Normalbürger, die einen Sozialstaat bräuchten, warm anziehen. Und dann wäre eine grundlegende Neugliederung der Bundesländer auch nicht mehr eine solche Katastrophe für Bremen, wie die Nutznießer der großen Sause uns noch einreden. Dann wird es irgendwann keinen normalen Bremer Bürger mehr geben, der sich noch für die Selbständigkeit Bremens stark macht.

Widerspruch

Kräftige Wirtschaft

Von Alexander Schnackenburg

Unter Bremens politisch engagierten Wirtschaftswissenschaftlern nimmt Wolfgang Elsner mit seiner fundamentalen Regierungskritik eine Sonderstellung ein. Seine Kollegen Rudolf Hickel, noch mehr aber die ehemaligen Staatsräte Frank Haller (Wirtschaft) und Günter Dannemann (Finanzen) haben die Ausgabepolitik der Großen Koalition bis zuletzt nicht nur unterstützt, sondern im Wesentlichen das wissenschaftliche Fundament dazu gegeben.

Sehr verkürzt gesagt gehen sie davon aus, dass die Investitionen der Großen Koalition insbesondere in die Infrastruktur Bremens zum einen die Wirtschaftskraft Bremens erheblich gestärkt hätten und zum anderen – langfristig – für einen strukturellen Wandel und neue Arbeitsplätze sorgten. So betont Dannemann, heute Leiter der Forschungsstelle Finanzpolitik (FoFi) an der Universität Bremen, dass das Bruttoinlandsprodukt Bremens von 1995 bis 2004 um 19,5 Prozent gestiegen sei.

Gleichwohl schätzt auch Dannemann die Haushaltslage Bremens als „dramatisch“ ein – allerdings nicht aufgrund politischer Fehler, sondern wegen struktureller Probleme und weil der Länderfinanzausgleich ungerecht sei. Dannemann findet, dass die Einwohnerwertung für alle Stadtstaaten angehoben werden müsste, um zu kompensieren, dass diese Dienstleistungen anböten, von denen auch das Umland profitierte. Derzeit liegt die Einwohnerwertung für Bremen bei 135 Prozent. Tatsächlich hat das Land Bremen 1992, nicht zuletzt auf Betreiben Dannemanns, vor dem Bundesverfassungsgericht gegen diese Einwohnerwertung geklagt. Das Gericht attestierte Bremen darauf hin zwar eine unverschuldete extreme Haushaltsnotlage, betrachtete die Einwohnerwertung von 135 Prozent aber als rechtens – wenn auch als niedrig: angemessen sei eine Wertung zwischen 133 und 147 Prozent, so die Richter.



Günter Dannemann

Foto: Schnackenburg

Wer sich genauer über „Die Zukunft der Stadtstaaten“ informieren möchte, dem sei das gleichnamige Buch, erschienen im Januar dieses Jahres im Kellner-Verlag, empfohlen. Es fußt auf einer Ringvorlesung des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Bremen aus dem Sommer 2005 und wird herausgegeben von Günter Dannemann und Stefan Luft. Zwar fehlt dem Buch der kritische Blick auf Bremens politische Praxis während der letzten Jahre, was angesichts der Autoren, die fast alle irgendwie mitgemischt haben, kaum verwundern kann (beispielsweise Handelskammer-Präses Patrick Wendisch, Finanzsenator Ulrich Nussbaum, der ehemalige SPD-Vorsitzende Detlev Albers sowie Frank Haller und Günter Dannemann). Gleichwohl wird die Sonderstellung der Stadtstaaten aus vielen interessanten Perspektiven ausgeleuchtet.